

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 14. Dezember 2021 in Brüssel

Am 14. Dezember 2021 fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Behandelt wurden die Schlussfolgerungen des Rates zur Erweiterung sowie zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 16. Dezember 2021, die Konferenz zur Zukunft Europas, die Rechtsstaatlichkeit in Polen, die Werte der Union in Ungarn, der Bericht der EU-Grundrechteagentur über die in der EU erfassten antisemitischen Vorfälle im Zeitraum 2010-2020, das Europäische Semester 2022, die legislative Programmplanung sowie das neue Achtzehnmonatsprogramm des Rates.

Schlussfolgerungen des Rates zur Erweiterung sowie zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess

Der Rat nahm die Schlussfolgerungen einstimmig an.

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 16. Dezember 2021

Der slowenische Ratsvorsitz erläuterte die Themenbereiche des Europäischen Rates am 16. Dezember 2021.

Zum Thema COVID-19 informierte ich über die aktuellen Maßnahmen in Österreich sowie die Arbeiten an der Impfpflicht ab Februar 2022. Die Impfung sei der einzige Ausweg aus der Pandemie. Daher hob ich abermals die zentrale Rolle der Auffrischungsimpfungen sowie die Wichtigkeit der Bewältigung von Impfskepsis und der Bekämpfung von Desinformation hervor. Zur „Omikron“-Variante seien weitere, zuverlässige Daten notwendig. Ich unterstützte die Überarbeitung der Empfehlungen des Rates betreffend Reisen in die EU und innerhalb der EU. Dabei begrüßte ich den vorgesehenen Ansatz, dass der Status von

Reisenden im Grünen Pass als Kriterium für die Befreiung von Reisebeschränkungen gelten soll.

Zum Thema der steigenden Energiepreise verwies ich wie bereits beim Rat im November auf den Zwischenbericht der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) vom 15. November 2021, der das aktuelle Preisniveau als zeitlich begrenztes Phänomen wertet. Das Energiemarktregime der EU sollte daher derzeit nicht angepasst werden. Wichtig seien insbesondere die Beschleunigung des Übergangs zu erneuerbaren Energien und die Erhöhung der Energieeffizienz. Ich bekräftigte die österreichische ablehnende Haltung betreffend die Verwendung von Nuklearenergie.

Zum Thema Sicherheit und Verteidigung betonte ich, dass nicht alle Mitglieder der EU auch Mitglieder der NATO seien. Dies solle bei der Ausarbeitung einer neuen gemeinsamen Erklärung über die EU-NATO Zusammenarbeit berücksichtigt werden. Zudem sprach ich mich für eine neue Erklärung über die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen aus.

Zum Thema Migration erinnerte ich an die sich verschlechternde Lage in Afghanistan, wodurch der Druck auf die Migrationsrouten steigt. Deshalb seien bestehende Rückübernahme- und Rückkehrabkommen umzusetzen sowie neue Abkommen abzuschließen. Außerdem soll ein Fokus auf Sekundärmigration, von der Österreich besonders betroffen sei, gelegt und die EU-Außengrenze effektiv kontrolliert werden.

Schließlich drückte ich meine Besorgnis angesichts der Entsendung russischer Truppen an die ukrainische Grenze sowie volle Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine aus. Die EU sollte mit einer Stimme sprechen und klar kommunizieren, dass jegliche Eskalation einen Preis hat.

Konferenz zur Zukunft Europas

Der slowenische Ratsvorsitz und die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Dubravka Šuica, informierten zum aktuellen Stand der Konferenz. Der weitere Terminplan hänge von den Entwicklungen im Zusammenhang mit der COVID-19 Pandemie ab. Ich hob die Bedeutung hervor, in der Konferenz konkrete Ergebnisse zu erzielen und zu präsentieren. Die Beiträge der jungen Menschen seien dabei besonders wichtig. Ich begrüßte das Europäische Jahr der Jugend 2022 und informierte über die Junge Konferenz zur Zukunft Europas am 17. November 2021 in Wien.

Rechtsstaatlichkeit in Polen und Werte der Union in Ungarn – Begründete Vorschläge nach Art. 7 Abs. 1 EUV

Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Věra Jourová, berichtete über den aktuellen Stand betreffend die Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn. Ich betonte die Bedeutung der Diskussion über Rechtsstaatlichkeit. Rechtsstaatlichkeit sei ein Eckpfeiler der EU, bei dem es keine Kompromisse geben dürfe. Der künftige französische Ratsvorsitz kündigte an, im Rahmen des Art. 7 Verfahrens eine weitere Anhörung zu Polen und Ungarn abzuhalten.

Bericht der EU-Grundrechteagentur: Überblick über die in der EU erfassten antisemitischen Vorfälle im Zeitraum 2010-2020

Der Direktor der EU-Grundrechteagentur, Michael O’Flaherty, stellte den Bericht der Agentur über die in der EU erfassten antisemitischen Vorfälle im Zeitraum 2010-2020 vor. Dieser verzeichne einen Anstieg der Übergriffe, was anschließend auch die Europäische Kommission bestätigte. Die Mitgliedsstaaten betonten einhellig, dass die Zunahme des Antisemitismus in der EU inakzeptabel sei. Ich unterstrich, dass dessen Bekämpfung weiter vorangetrieben werden müsse. Der Bericht der Grundrechteagentur verdeutlicht in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit zuverlässiger Daten. Alle EU-Mitgliedsstaaten brauchen nationale Strategien, die mit der Strategie auf europäischer Ebene im Einklang stehen. Die Sicherung des jüdischen Lebens zu garantieren, sei eine historische Verantwortung.

Europäisches Semester 2022

Frankreich, das ab 1. Jänner 2022 den Vorsitz im Rat übernimmt, stellte den geplanten Ablauf des Europäischen Semesters im Jahr 2022 vor.

Legislative Programmplanung – Gemeinsame Erklärung über die gesetzgeberischen Prioritäten der EU für 2022

Der Rat billigte die gemeinsame Erklärung des Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission.

Achtzehnmonatsprogramm des Rates (1. Jänner 2022 – 30. Juni 2023)

Der Rat billigte das von den künftigen Vorsitzländern Frankreich, Tschechische Republik und Schweden („Trio-Ratsvorsitz“) ausgearbeitete Programm des Rates für die nächsten achtzehn Monate (1. Jänner 2022 bis 30. Juni 2023). In der österreichischen Wortmeldung wurde der Triopräsidentschaft alles Gute für die Vorsitzführung gewünscht und die Abgabe einer Protokollerklärung angekündigt, in der die ablehnende Haltung Österreichs zur Nutzung von Nuklearenergie als nachhaltige Energiequelle dargelegt wurde. Deutschland und Luxemburg unterstützten die österreichische Haltung.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

21. Jänner 2022

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin